

Rainer M. Gefeller • Werner D'Inka

Lassen Sie uns mal über Deutschland reden

Was bewegt die Republik?

Gespräche mit dem Meinungsforscher Manfred Güllner

Frankfurter Allgemeine Buch

**Rainer M. Gefeller
Werner D'Inka**

Kirchen Meinungsforschung Politiker
Schmidt Merkel Homeoffice Umfragen
Grüne Kommunalpolitik Adenauer Trump
FDP **Lassen Sie** CDU
Euro CSU Greta Biden Linke Pandemie
uns mal über
Corona Söder AfD Türken SPD
Deutschland
Nichtwähler Juden Digitalisierung
Westdeutsche **reden** Datenschutz
Kohl Manager
Briefwähler Ostdeutsche
Flüchtlinge Unternehmer Scholz
Spahn Schröder Rechtsradikale
Klimawandel Gewerkschaften Brandt
Lockdown Europa

**Was bewegt die Republik? Gespräche mit
dem Meinungsforscher Manfred Güllner**

Frankfurter Allgemeine Buch

© Fazit Communication GmbH
Frankfurter Allgemeine Buch
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main

Umschlag, Layout und Satz: Anabell Krebs
Druck: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany

1. Auflage
Frankfurt am Main 2022
ISBN 978-3-96251-108-1

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, vorbehalten.

Frankfurter Allgemeine Buch hat sich zu einer nachhaltigen Buchproduktion verpflichtet und erwirbt gemeinsam mit den Lieferanten Emissionsminderungszertifikate zur Kompensation des CO₂-Ausstoßes.



INHALT

Dem Volk eine Stimme	7
Eine Vorbemerkung	
Umfragen, Politik und Gesellschaft	11
Von Frank Brettschneider	
Lassen Sie uns mal über Deutschland reden	14
Heimat, ein gutes Gefühl	22
„Fridays for Future“ und „die“ Jugend	26
Die Deutschen sind gerne Europäer	32
Die Deutschen vertrauen ihren Bundespräsidenten	38
Ärzte, Polizei, Schulen, Manager, Kirchen – wem vertrauen die Deutschen?	40
Wem die AfD-Anhänger misstrauen	41
Politiker reden unverständlich	42
Der abstrakte Klimawandel	43
War in der DDR alles besser?	45
Der lange Weg zum Euro	46
Gehört der Islam zu Deutschland?	47
Was Türken dazu sagen	47
Was Deutsche von Muslimen halten	48
Medien in der Vertrauenskrise	49
CDU/CSU: Von allen guten Geistern verlassen?	54
Ludwig Erhard: den Adenauer im Nacken	55
Strauß & Kohl. Zwei, die sich mobbten	60
Angela Merkel in Zahlen	72
Totgesagte SPD: Das Leben geht weiter	79
Der schwächste Vorsitzende	88
Karl Schiller siegt für Brandt	93
Hausbesuch bei Gerhard Schröder	102
Manfred Güllner: Als Gerhard Schröder noch ein Zweifler war	106
Wie Rudolf Scharping Kanzler werden wollte	113
Gerhard Schröder: Warum Politiker Meinungsforschung brauchen	114
Apparatschiks, Kotzbrocken und ein SPD-Chef im FDJ-Hemd	115
Die grüne Welle	119
Joschka Fischer in Zahlen	128

FDP – klein, aber mächtig	131
Vordenker der FDP	135
Möllemann, Genscher, Kinkel, Gerhardt	136
Der Tsunami ist nur eine Westerwelle	140
Lindner. Die FDP im Unterhemd	142
1995: die FDP am Abgrund	143
Der braune Bodensatz	145
Arolsen: Der Erbprinz und die Nazis	148
Im Gleichschritt Marsch. Von der NPD bis zur AfD	152
Die AfD und das Volk	156
Der Linken sterben die Wähler weg	161
Wie DDR-Bürger befragt wurden	165
Wähler auf Urlaub	169
Warum wählen sie denn nicht?	177
Die Irrwege der deutschen Bürgermeister	182
Gute Noten für die Stadtverwaltung	183
Die größten Sorgen der Großstädter: Verkehr und Wohnungen	184
Union und SPD verlieren die Metropolen	186
Güllner, der Kommunalpolitiker	196
Wer? Wie? Was? Warum?	198
Über forsa und Meinungsforschung in Deutschland	198
Roosevelts Sieg – der Triumph des Herrn Gallup	206
Wie sollst du mich befragen	225
Deutschlands Meinungsforschungsinstitute	228
Mensch, Güllner	232
Güllner in Zahlen	243
Frühe Studien	244
Der Marx-Brother	245
Statements zu Manfred Güllner	248
Namensverzeichnis	250
Die Autoren	253

DEM VOLK EINE STIMME

Liebe Leserin, lieber Leser,

gerne laden wir Sie zu einer Reise durch Deutschland ein. Nein, einen touristischen Trip zu Burgen, Städten und Landschaften haben wir nicht im Angebot, stattdessen eine Expedition in das Innenleben unserer Republik. Unsere Reiseleiter sind die Deutschen selbst. Wie tickt unsere Gesellschaft? Was hält sie zusammen, was droht sie zu zerreißen? Wer kommt an die Macht und wer nicht? Was denkt „das Volk“ über seine Politiker, wie haben sich die Parteien zu dem entwickelt, was sie heute sind? Welches Urteil haben die Menschen über Unternehmer und Gewerkschaften, über Kirchen und Islam, über Oberbürgermeister und Bundespräsidenten, über die Demokratie und über deren Feinde?

Seit mehr als 50 Jahren ist der Sozialforscher Manfred Güllner, Gründer und Geschäftsführer des Meinungsforschungsinstituts forsa, den Meinungen, Ängsten und Hoffnungen der Deutschen auf der Spur. Zwar ist Volkes Meinung eine schwankende Angelegenheit, „und ‚die‘ öffentliche Meinung ist in der Tat eine Fiktion“, wie Jürgen Habermas (in „Strukturwandel der Öffentlichkeit“) feststellt, gleichwohl besteht er darauf, an dem Begriff festzuhalten, weil so „politische Herrschaft dem demokratischen Öffentlichkeitsgebot effektiv unterstellt“ werde. „Wir geben dem Volk eine Stimme“, nennt Güllner es gelegentlich. Tag für Tag lässt er zum Beispiel erfragen, welche Parteien die Bürgerinnen und Bürger aktuell wählen würden, wie sie die Arbeit der Politiker benoten und zu welchen Institutionen sie Vertrauen haben. Daraus haben sich über die Jahrzehnte nicht nur Einblicke in die Entwicklung der Gesellschaft ergeben, sondern auch in die Erwartungen der Bürger an die Politik. Wer an die Macht will, tut gut daran, die Interessen der Mehrheit im Lande nicht zu vernachlässigen.

Das war unmittelbar nach der Nazi-Herrschaft nicht anders als heute. Manfred Güllner hat sich mit seinen Untersuchungen einen Platz geschaffen in dieser Republik. Sein kühler Verstand wird al-

lenthalben anerkannt, mit seinen mit heißem Herzen vorgetragenen Analysen geht er keinem Konflikt aus dem Weg. Das haben die Autoren auch während der zahlreichen Zoom-Konferenzen mit ihm erlebt. Sein Blick auf die Politik und ihre Vertreter, auf Wähler und Nichtwähler, auf die Gesellschaft, auf die Meinungsforschung ist selten unterkühlt, meistens leidenschaftlich oder sogar kämpferisch.

Dieses Buch will keine Abhandlung über die Geschichte des Landes sein. Eher ein Lesebuch über Entwicklungen, Tendenzen sowie wegweisende Akteure und Ereignisse. Aus den Gesprächen mit Güllner kann man lernen, wie unsere Republik zu dem wurde, was sie ist. Dieses Wissen möchte man manchen Politikern wünschen, bevor sie Entscheidungen fällen.

Dieses Buch entsteht vor dem Hintergrund einer außergewöhnlichen, für viele auch beunruhigenden Lage. Die Covid-19-Pandemie ist noch nicht überwunden. Angela Merkel, für viele lange Jahre eine Garantin für Sicherheit, Stabilität und vernünftiges politisches Handeln, ist abgetreten. Das politische Feld, das sie hinterlässt, ist unübersichtlicher geworden. Die einstigen Volksparteien haben diese Bezeichnung nicht mehr verdient, nach der aktuellen Bundestagswahl erst recht. Die Republik ist verunsichert, was die Zukunft bringen wird, das Kommende hat seine Form noch nicht gefunden.

Es gibt also viele Gründe für dieses Buch; einen Anlass gibt es auch: der Sozialforscher Manfred Güllner ist Ende 2021 80 Jahre alt geworden. Kein Grund für manche Politiker, erleichtert durchzuatmen: Der Mann wird weiter forschen, mit seinen Analysen ist weiter zu rechnen und mit seinen mitunter rabiaten Beschreibungen auch. Und das ist auch gut so.

Wir danken

Ohne die Hinweise und Beiträge vieler Gesprächspartner wäre dieses Buch nicht zustande gekommen. Wir danken besonders Prof. Dr. Frank Brettschneider (Universität Hohenheim), Dr. Patrick Adenauer (Geschäftsführender Gesellschafter der BAUWENS GmbH & Co. KG), Gregor Gysi (Ex-Vorsitzender von SED, PDS und der Partei Die Linke), Hans-Ulrich Jörges (Journalist), Matthias Jung (Forschungs-

gruppe Wahlen), Peter Kloeppe (Chefmoderator von RTL Aktuell), Julia Klöckner (Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft im Kabinett Merkel), Armin Laschet (Ex-CDU-Vorsitzender, Ex-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen), Franz Müntefering (Ex-Bundesminister und Ex-Vorsitzender der SPD), Dr. Thomas Petersen (Institut für Demoskopie Allensbach), Markus Söder (CSU-Vorsitzender, Ministerpräsident von Bayern), Gerhard Schröder (Alt-Bundeskanzler), Dr. Dietmar Woidke (Ministerpräsident von Brandenburg). Der größte Dank gilt Prof. Manfred Güllner, der sich die Zeit für ausführliche Gespräche nahm und uns sein Archiv in Berlin öffnete.

Werner D'Inka, Rainer M. Gefeller
Februar 2022

UMFRAGEN, POLITIK UND GESELLSCHAFT

Von Frank Brettschneider

Für manche sind es nur nackte Zahlen. Zusammengefasst im Netz – oder wo auch immer. Für andere ist es die Lust, aus den Zahlen etwas über Menschen zu erfahren. Nicht über einzelne Menschen. Sondern über die Menschen in einer Stadt, einer Region oder einem Land. Etwas über ihre Denkweise, über ihre Handlungsabsichten und über ihr Verhalten. Es gibt wenig, was spannender ist. Denn sowohl die Einstellungen als auch die Verhaltensweisen sind beides – stabil einerseits und dynamisch andererseits. Wie groß ist die Stabilität? Und was verursacht Veränderungen? Welche Bewegungen gibt es in unserer Gesellschaft? Wo sind trennende Aspekte – und wo existieren über verschiedene Gruppen hinweg Gemeinsamkeiten?

Diese Fragen lassen sich mit Umfragen beantworten. Wenn man die sich daraus ergebenden Daten „lesen“ kann. Dafür braucht es Kenntnisse in der Wahl- und Einstellungsforschung. Und auch eine Portion Erfahrung. Dann wittert man nicht gleich in jeder kleinen Veränderung den dramatischen Umbruch. Es braucht aber noch mehr. Neugier. Ausdauer. Und Lust auf gute Daten. Gute Daten fallen nicht vom Himmel. Sie erfordern gute Fragen. Sie erfordern eine gute, repräsentative Stichprobe. Und schließlich sind seriöse Auswertungsmethoden gefragt.

Die Ergebnisse sind dann für viele Menschen interessant: erstens für diejenigen in der Bevölkerung, die sie wahrnehmen. Zweitens für Journalistinnen und Journalisten, die über sie berichten. Und drittens für Parteien, Politiker und Politikerinnen, die aus ihnen etwas über die öffentliche Meinung erfahren können. Klar ist: Die Zahl der Umfragen wächst von Wahl zu Wahl. Vor Bundestagswahlen vergeht kaum ein Tag ohne neue Umfrageergebnisse. Welche Partei liegt in der Wählergunst vorne, wer holt auf, wer fällt zurück? Wie schneiden die Spitzenkandidaten ab? Vor allem aber die Sonntagsfrage: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären?

Seit 1980 hat sich die Berichterstattung über Wahlumfragen vor Bundestagswahlen mehr als verzehnfacht. Für Journalisten haben Umfrageergebnisse einen hohen Nachrichtenwert. Und auch Politiker äußern sich über die Ergebnisse. Sie zitieren Umfragen, wenn sie für sie günstig erscheinen. Sie verdammen Umfragen, wenn sie für sie ungünstig erscheinen. Neu ist dieser Unmut nicht: „Es kotzt mich an, ständig nur mit Umfragen zu hantieren“, verlor bereits 1994 Otto Graf Lambsdorff angesichts der FDP-Zahlen die Contenance.

Manchmal versteigt sich der eine oder andere dazu, ein Veröffentlichungsverbot für Umfrageergebnisse vor Bundestagswahlen zu fordern. Solche Verbotsforderungen beruhen auf Vermutungen über direkte Wirkungen von Umfragen auf das Wählerverhalten. Oft werden der Bandwagon- und der Underdog-Effekt genannt. Laut Bandwagon-Effekt wollen Wähler auf der Siegerseite stehen und entscheiden sich daher für die in Umfragen führende Partei. Laut Underdog-Effekt schlagen sich Wähler aus Mitleid auf die Seite der in Umfragen zurückliegenden Partei. Für beide Effekte gibt es in Deutschland keine belastbaren empirischen Belege. Auch erzeugen Umfragen keine Trends, sondern sie bilden sie ab. Nachgewiesen ist hingegen, dass etwa drei Viertel der Bevölkerung die Berichterstattung über Umfrageergebnisse wahrnehmen. Besonders stark interessieren sich „Campaign-Junkies“ für Umfragen. Sie nutzen auch andere Informationsquellen überdurchschnittlich oft. Sie sind politisch sehr interessiert und formal hochgebildet. Einige von ihnen ziehen Umfragen heran, um sich taktisch zu verhalten. So haben CDU-Anhänger bei den Bundestagswahlen 1983 und 1994 die FDP gewählt, um deren Einzug in den Bundestag und damit eine Fortsetzung der Koalition sicherzustellen. Dieses taktische Wählen rechtfertigt jedoch kein Veröffentlichungsverbot.

Und selbst wenn Umfragen das Wählerverhalten beeinflussen würden: Würde das dann ein Verbot rechtfertigen? Müsste man dann nach der gleichen Denkweise nicht auch Facebook, Twitter und Co. vor Wahlen verbieten? Und müssten Radio, Fernsehen und Zeitungen dann ihre Arbeit vor Wahlen einstellen? Schließlich beeinflussen sie alle ebenfalls die Meinungsbildung der Wählerinnen und Wähler. Die Vorstellung, es gebe die „reine“ Wahlentscheidung, die Menschen ohne Informationen von außen treffen, ist wirklichkeitsfremd und naiv. Menschen ziehen für

ihre Wahlentscheidung zahlreiche Informationsquellen heran. Und das ist ihr gutes Recht. Man sollte ihnen die Informationen, die sie für ihre Wahlentscheidung nutzen möchten, nicht vorenthalten.

Aber die Informationen sollten zutreffend und hochwertig sein. Statt einer Verbotsdiskussion brauchen wir also eine Qualitätsdiskussion. Gefordert sind hier zum einen die Journalisten. Sie sollten mehr auf die Qualität der Umfragedaten achten und nicht jede Zahl unterschiedslos berichten – unabhängig davon, wie seriös das Umfrageinstitut ist. Auch sollten sie Umfrageergebnisse interpretieren. Nur Zahlen zu berichten bringt wenig. Weniger Zahlen-Hype und mehr Qualität in der Berichterstattung sind die Schlüssel, um künftig seltener Fehlschlüssen aufzusitzen. Dazu gehört auch, Umfrageergebnisse als das darzustellen, was sie sind: Momentaufnahmen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Gefordert sind aber auch die Verbände der Markt- und Meinungsforschungsinstitute. Denn Qualitätsverletzungen einzelner Institute bringen die gesamte Branche in Verruf. Und gefordert sind die Institute selbst. Sie sind für die Qualität ihrer Arbeit verantwortlich.

Die Qualität, die Erfahrung und die Neugier finde ich in Gesprächen mit Manfred Güllner. Wir haben bei einigen Studien zusammengearbeitet – vor allem vor der Bundestagswahl 2021. Mit einer gemeinsamen Panelstudie, also der wiederholten Befragung derselben Personen, haben wir uns auf die Suche nach dem Ausmaß und den Gründen für Stimmungswechsel in den Wochen vor der Wahl begeben und nach dem Vorliegen der Daten über die Bedeutung der Ergebnisse diskutiert. Aber auch über die Entwicklung der Wahlforschung und über den Umgang mit Briefwählern haben wir gesprochen. Ich empfinde das immer als bereichernd.

Bei Manfred Güllner findet man aber noch mehr: eine ausgeprägte Meinungsstärke. Sie nimmt ihren Ausgangspunkt in Umfragen. Und sie beruht dann auf Interpretationen. Auf Zuspitzungen. Das gefällt nicht allen. Vor allem nicht jenen, die dabei nicht gut wegkommen. Dann ist der Überbringer schlechter Nachrichten in deren Augen auch der Urheber ... Wie auch immer: Gute Daten und zugespitzte Meinungen. Ich weiß bei Manfred Güllner beides zu schätzen.

Prof. Dr. Frank Brettschneider ist Inhaber des Lehrstuhls für Kommunikationswissenschaft an der Universität Hohenheim.

LASSEN SIE UNS MAL ÜBER DEUTSCHLAND REDEN

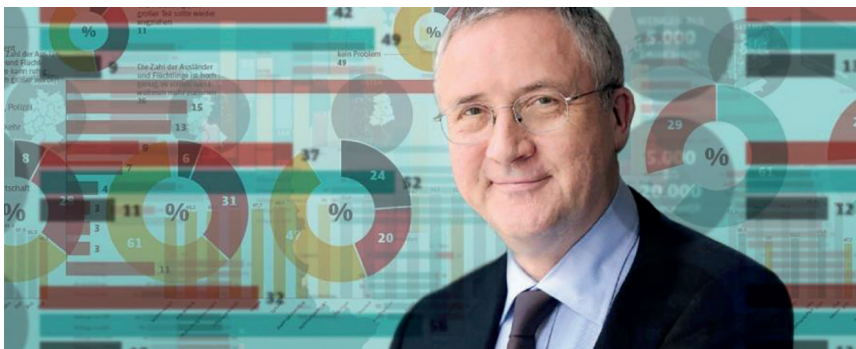


Abbildung 1: Manfred Güllner, Gründer und Geschäftsführer von forsa (Foto: forsa)

Was denken die Deutschen über Deutschland? Wie krank sind die Volksparteien? War die Politik früher besser als heute? Wie groß ist die Bedrohung durch Rechtsradikale? Wollen die Bürger mehr direkte Demokratie? Ist die Jugend unpolitischer als früher? Wie mächtig sind die Meinungsforscher? Ein Gespräch mit Prof. Manfred Güllner, Gründer und Kopf des Meinungsforschungsinstituts forsa.

Zoom-Gespräche am 15.2.2021, 14 Uhr, am 31.3.2021, 12 Uhr, am 17.7.2021, 11:30 Uhr und am 1.10.2021, 12:30 Uhr (Güllner, D'Inka, Gefeller)

Heute ist Rosenmontag – für echte Kölner eine Zumutung, sich für ein solches Gespräch zur Verfügung zu stellen. Haben Sie eine Affinität zum Karneval?

Güllner: Als in Köln der Wechsel im Oberbürgermeisteramt stattfand, 1973, von Theo Burauen zu John van Nes Ziegler, war das auch ein Kulturwechsel. Burauen war ein hundertprozentiger Karnevalsmensch, während sein Nachfolger ein eher rationaler Mann war – der hat das gemacht, was man machen musste, das aber gut. Van Nes Ziegler hat sich geärgert, dass er ständig bei Karnevalssitzungen auftreten musste und kam irgendwann zu mir und sagte: Untersuch doch mal, ob die Kölner wirklich alle jeck sind. Unsere Umfrage in Köln

hatte zum Ergebnis, was wahrscheinlich heute noch gilt: Ein Drittel sind Karnevalsjecken, einem Drittel ist der Karneval egal und ein Drittel sind Karnevalsmuffel. Ziegler hat sofort Konsequenzen daraus gezogen und zwei Drittel seiner Karnevalstermine gestrichen. Er war dennoch hoch angesehen als Oberbürgermeister. Ich selbst zähle mich zu der dritten Kategorie, den Karnevalsmuffeln, und habe in meiner Zeit in Köln immer versucht, ab Weiberfastnacht Termine anderswo wahrzunehmen, wo der Karneval keine Rolle spielte. Wobei ich heute eine Ostwanderung der Narren beobachten kann. Als ich 1986 nach Dortmund kam, kam der Karneval dort praktisch nicht vor. Heute ist das für unsere dortigen Mitarbeiter auch Feiertag. Bis Berlin haben es die Narren allerdings auch heute noch nicht geschafft.

Mythos Volksparteien: Repräsentieren Volksparteien eine vergangene Zeit? Ist es erstrebenswert, dass wir in Deutschland Volksparteien haben? Ist es überhaupt zu erwarten, dass wir jemals wieder Volksparteien haben werden?

Dass das Modell Volkspartei an sich überlebt hätte, das kann man so pauschal nicht sagen. Das Wesen der Volksparteien ist ja, dass sie unterschiedliche Wählergruppen bündeln: die SPD vom linken Rand bis in die Mitte, CDU und CSU vom rechten Rand bis in die Mitte. Wenn wir uns die Entwicklung nach 1949 angucken, dann ist es ja so, dass die SPD in dem Maße, in dem sie sich in Richtung Mitte bewegt und sich vor allem mit dem Godesberger Programm ideologisch entrümpelt hatte, auch für Bürger aus der Mitte der Gesellschaft wählbar wurde und der Union Stimmen abnehmen konnte. Der Union hat das aber zunächst nicht geschadet, weil sie alles, was rechts von CDU und CSU stand, systematisch aufsaugte – 1969 zum Beispiel auch die NPD, die nicht in den Bundestag kam, obwohl sie bereits in sieben von zehn Landtagen eingezogen war. Das ist das, was Volksparteien konnten: Sie bildeten eine Klammer für unterschiedliche Wählergruppen und Interessen und brachten sie unter einen Hut. Diese Fähigkeit haben sie allerdings zunehmend verloren, sodass es Chancen für neue Gruppierungen und Parteien gab. Allerdings könnte diese Entwicklung, die Erosion der Volksparteien, behoben werden – man hat es ja aktuell am Beispiel der Union gesehen. In der Corona-Krise hat sie es geschafft,

über einen längeren Zeitraum unterschiedliche Wählergruppen hinter sich zu versammeln, weil die Bürger vor allem in der Union die Problemlösungskompetenz für die Bewältigung der Pandemie sehen. In dieser außergewöhnlichen Lage zeigte sich, dass das Ende der Volksparteien keineswegs unausweichlich ist, wenn sie denn das Richtige täten – aber ich bin skeptisch. Wenn wir zum Beispiel in die Kommunalpolitik schauen, dann sehen wir, dass durch Abschaffung der Sperrklauseln, die Kleinstparteien eigentlich den Zugang zu Parlamenten verwehren sollen, Stadt- und Gemeindeparlamente von kleinsten Klientelgruppen geentert werden. Das gilt vor allem für die Großstädte. Zum Beispiel Frankfurt: Was hat eine Frau wie Jutta Ditfurth im Stadtparlament zu suchen?

Zahlen & Fakten

In der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung sitzen seit März 2021 zwölf Parteien und Gruppierungen, eine davon nennt sich ÖkoLinX-ARL und bekam 1,8 Prozent der Stimmen. Das bedeutet: drei Abgeordnete schafften es ins Parlament, Jutta Ditfurth ist natürlich dabei. Sie gilt als Mitbegründerin der Grünen und war als Vertreterin des linken Flügels von 1984 bis 1988 eine von drei Bundesvorsitzenden. 1991 trat sie aus Protest gegen die „realpolitische Wende“ der Grünen aus der Partei aus. „Die Grünen“, urteilte sie 2011 in einem *Spiegel*-Interview, „sind Meister in der Kunst des Verrats.“

Die Sperrklausel war ja ein Schutz gegen die Zersplitterung des Parteiensystems, die die Weimarer Republik geprägt hatte. Da die Sperrklausel aber weg ist – auch bei der Europawahl – fürchte ich, dass wir eine Rückkehr der Volksparteien zu alter Stärke nicht mehr erleben werden. Allerdings sehen wir an der Union, dass Parteien durchaus noch gewisse Bündelungseffekte erzielen können. Die Frage ist, was lernen die Parteien aus Corona? Lernen sie daraus, dass sie sich um die Lösung von Problemen kümmern müssen, die die Mehrheit der Bevölkerung wirklich bewegen? Oder kehren die Parteien zurück zu einer Beschäftigung mit Rand- oder Zeitgeistthemen?

Eine steile These: Es geht auch ohne Volksparteien. Andere Länder in Europa kommen gut ohne sie aus und sind dennoch

weder unregierbar noch stehen sie kurz vor dem Bürgerkrieg. Volksparteien, wie wir sie kennen, stabilisieren ein politisches System zweifellos, führen mit der Zeit aber zu einer enormen Langeweile. Es fehlt die Würze.

Wenn wir nach Dänemark schauen, haben wir dort zwar zehn Parteien im Parlament, aber wir haben auch eine sehr viel stärkere Konsensorientierung als hier in Deutschland. Das, was Politikwissenschaftler und mediale Beobachter häufig anführen, Konsenspolitik sei langweilig, wird von den Menschen gar nicht so empfunden. Die Bürger wollen keinen Streit, keine krampfhafteste Unterscheidbarkeit, keine Richtungswahlen. Es gibt keine Folketing-Wahl in Dänemark mit einer Beteiligung unter 85 Prozent. Auch die Medien gehen positiv mit dem Thema Wahlen um, Zeitungen und Fernsehen zählen wie bei einem Countdown die Tage bis zum Wahltag herunter, Wahlen werden geradezu zelebriert. 2019 fanden in Dänemark in einem Abstand von zwei Wochen zwei große Wahlen statt – nationale und Europawahlen. Hier würden die Politiker sagen: Sowas können wir den Menschen nicht zumuten. In Dänemark hingegen gehen die Bürger gern zur Wahl, der Wahltag ist ein Festtag, und dabei geht es keineswegs um große Konflikte und politischen Streit, sondern um das große Gemeinsame – im Unterschied zu den Wahlkämpfen in Deutschland.

Dabei bin ich überzeugt, dass die Menschen auch hierzulande auf Streit gern verzichten könnten und lieber den Konsens pflegen würden. Die extrem niedrigen Beteiligungen an Kommunalwahlen in Deutschland haben ihre Ursache vor allem darin, dass in den Rathäusern Politik nicht mehr auf hergebrachte Weise betrieben wird. Kommunalpolitik war im Wesentlichen Interessenausgleich zwischen den unterschiedlichen Gruppen der Bevölkerung. Zwischen Autofahrern und Fußgängern und Radfahrern zum Beispiel. In Frankfurt konnte man sehr schön beobachten, wie die Kommunalpolitik sich verändert hat. Nachdem die SPD sich mit dem Godesberger Programm ideologisch entrümpelt hatte, begann sie sich in den siebziger Jahren zu re-ideologisieren. Das führte dazu, dass die Partei über nahezu wöchentlich stattfindende Parteitage ihrem Oberbürgermeister Rudi Arndt vorschrieb, wie er zu regieren hatte. Das Ergebnis war, dass der CDU-Mann Walter Wallmann 1977 Frankfurter OB wurde. Die Stadtparlamente (nicht nur in

Frankfurt) wollten plötzlich große Politik betreiben, statt sich um die kommunalen Aufgaben zu kümmern. Was die Menschen im Bundestag und auch in den Landtagen angemessen fanden, haben sie auf kommunaler Ebene nicht akzeptiert. Auch viele Politikwissenschaftler liegen falsch, wenn sie der Annahme folgen, die Menschen wollten, dass in allen Parlamenten politischer Streit ausgetragen werde, „das gehört doch zur DNA der Demokratie“. Nein, nach Auffassung der meisten Bürger ist das gerade nicht so. Gerade die Art von „Streitkultur“, die in den Fernseh-Talkshows hochgehalten wird, stößt die Mehrheit der Menschen ab und trägt zu einer Entfremdung von dieser Art der Politik bei. Der Wunsch nach Konsens ist bei den Menschen sehr stark ausgeprägt – nur die Funktionärskader der Parteien sind immer radikaler geworden. Die Kader der Parteien, sowohl der Union als auch der SPD, repräsentieren nicht mehr das, was die Wähler von ihnen erwarten.

Einspruch gegen die steile These: Gerade in der Hochzeit der Volksparteien war die Debattenkultur durchaus sehr ausgeprägt. Es gab starke, kämpferische Redner, die den Diskurs prägten. Dass funktionierende Volksparteien automatisch Langeweile produzieren und stets auf Kompromiss-Suche sind, ist nicht zwangsläufig. Wehner, Strauß, um nur zwei zu nennen – die haben vor Angriffslust gestrotzt. Zugleich aber hatten die Debatten, jedenfalls in der Erinnerung, auch eine andere Qualität als heute.

Das ist richtig. Wir dürfen aber nicht übersehen, dass die starken Konfrontationen, die wir am Anfang der Bundesrepublik vor allem wegen der Verteidigungspolitik hatten, der SPD stark geschadet haben. Die SPD wurde ja für Wählergruppen aus der Mitte erst wählbar, als sie ihren Konfrontationskurs und die Politik der radikalen Ablehnung („Nein, Nein, Nein“ stand sogar auf Wahlplakaten) verlassen hat. Als die SPD die Gemeinschaftsaufgaben in den Mittelpunkt ihrer Politik stellte, entsprach das der Konsenshaltung der Gesellschaft. Das bedeutet natürlich nicht, dass man sich in der Sache nicht deutlich auseinandersetzen kann. Aber Streit über Symbolthemen und Ideologien – das erschreckt die Menschen. Wenn die CDU zu konfliktorientiert war, hat ihr das auch regelmäßig geschadet.

Haben es die Parteien leichter, wenn es wirklich um etwas geht? Westorientierung, Ostpolitik, Marktwirtschaft, eine gemeinsame europäische Währung, Pandemie? Bringen solche Richtungsdebatten vielleicht auch größere Redner hervor als Zeiten des politischen Normalbetriebs, wenn über die Reform der Grunderwerbsteuer debattiert wird?

Nein, ich glaube nicht. Wenn wir zum Beispiel die Botschaft von Johannes Rau anschauen: Versöhnen statt spalten – Rau hat ja nie prägnante Themen herausgeschnitzt und Reden mit tiefem Inhalt gehalten; Rau hat gepredigt. Er hat die Menschen eingelullt. Merkel wurde bei der Wahl 2017 vorgeworfen, sie betreibe „asymmetrische Demobilisierung“ – das hat Rau bereits vor über 30 Jahren sehr erfolgreich praktiziert (ohne das so zu nennen). Rau hat die SPD-Anhänger in eine Art Wohlwollenssog versetzt, sodass alle zur Wahl gingen. Ein Drittel der CDU-Anhänger brachte er dazu, dass sie nicht zur Wahl gingen, weil sie einerseits den geschätzten „Bruder Johannes“ als Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen behalten, andererseits aber Bundeskanzler Kohl nicht schaden wollten. Diesen Loyalitätskonflikt lösten sie so, dass sie am Wahlsonntag zu Hause blieben. Auf diese Art nützten sie Rau, ohne SPD wählen zu müssen.

Trifft die Klage zu, dass die Politik an Qualität verloren habe? Es wird ja mitunter gejamert, die großen Figuren gebe es gar nicht mehr. Heute sei alles graues Mittelmaß.

Ich glaube, das ist in hohem Maße auch eine Glorifizierung der Vergangenheit. Über das erste Kabinett Adenauer wurde bereits gelästert, die Minister seien alle zweitklassig bis auf den Finanzminister Schäffer. Allerdings ist in der Politik eine falsche Professionalisierung eingetreten. Es gibt zu wenig Politiker mit Berufs- und Lebenserfahrung. Wenn Sie sich zum Beispiel Kevin Kühnert anschauen: Wie soll der wissen, wie die Menschen ticken, wenn er außer eines abgebrochenen Studiums und seiner Juso-Tätigkeit null Lebenserfahrung vorzuweisen hat? Dass aber die Vergangenheit vorwiegend bedeutende Persönlichkeiten hervorgebracht habe, das ist nostalgische Verklärung. Wenn Sie zum Beispiel Helmut Kohl betrachten: der hat ja durchaus einiges zustande gebracht, wie die Wiedervereinigung und den Euro. Aber er hat durch

seinen bräsigen Politikstil zur Erosion des Parteienwesens beigetragen (siehe Kapitel über die CDU/CSU). Oder blicken wir auf Friedrich Merz: Ich habe mir mal seine Ergebnisse angeschaut, als er noch politisch aktiv war. Die Menschen haben sich geweigert, den Mann zur Kenntnis zu nehmen. Der hat mit Jürgen Möllemann um den letzten Platz im Politiker-Ranking konkurriert. Der ist nie wahrgenommen worden als jemand, der Ämter in der CDU besetzen sollte. Heute wird er von einigen verklärt, als wäre er damals eine bedeutende Lichtgestalt gewesen. Nein, nichts davon stimmt.

Sind die Deutschen besonders anfällig für rechtsradikale Ansichten?

Nein, das denke ich nicht. Wir sehen ja im Ausland, dass auch dort rechtsradikale Bewegungen aktiv sind, und in Deutschland ist das Potenzial für rechtsradikales Gedankengut nicht größer geworden. Wir sehen allerdings, dass es der AfD gelungen ist, Rechtsradikalismus in manchen Kreisen salonfähig zu machen. Das unterscheidet die AfD von früheren rechtsradikalen Bewegungen. Bei allen Erfolgen, die auch rechtsradikale Parteien wie NPD oder Republikaner früher hatten, ist es der Gesellschaft doch immer gelungen, sie schnell wieder zu marginalisieren. Der Anteil der Menschen, die anfällig sind für ein geschlossenes rechtsradikales Weltbild, liegt während der gesamten Geschichte der Bundesrepublik stabil bei etwas mehr als einem Zehntel. Diese Leute haben aber nicht immer rechtsradikal gewählt. Der Anteil derer aus diesem Potenzial, die heute AfD wählen, ist größer geworden. Deshalb hat es die AfD auch 2017 in den Bundestag geschafft. Seitdem aber bröckelt das Potenzial wieder. Die AfD sieht sich einer ziemlich geschlossenen Front der demokratischen Parteien gegenüber. Wir mussten ja in der jüngsten Vergangenheit erleben, wie vor allem die CSU versuchte, die Themen der AfD zu kapern. Horst Seehofer hat, damals unterstützt von Markus Söder, bei der AfD gewildert; beide haben radikale Themen der AfD besetzt und sogar noch zugespitzt, um deren Wähler zu sich umzuleiten. Das ist gründlich schiefgegangen. Wähler aus der politischen Mitte haben sich von der CSU abgewandt und sind zu den Grünen übergelaufen. Söder hat nach diesen Erfahrungen eine radikale Kurskorrektur vorgenommen. Und die gesamte